

Kreistagssitzung 27.5.2020

Ausführung von Andreas Linder zur Kreistagsdrucksache 014_20 - Interfraktioneller Antrag der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen, SPD, Tübinger Linke und FDP,

Sehr geehrter Herr Landrat Walter, sehr geehrte Damen und Herren,

Die Fraktion Tübinger Linke hat bereits im November des letzten Jahres den Antrag eingebracht, dass sich der Landkreis Tübingen zum sicheren Hafen erklären soll. Wir haben dies gemacht, weil wir der Meinung sind, dass sich auch der Landkreis Tübingen den mittlerweile 153 Gemeinden, Städten und Landkreisen in Deutschland anschließen sollte, die sich bisher bereits zum Sicheren Hafen erklärt haben.

Wir haben dies gemacht, weil von einer solchen Erklärung ein positives politisches Zeichen für die Einhaltung von Menschenrechten und den internationalen Flüchtlingsschutz ausgehen kann. Und um die Rechte von Flüchtlingen ist es schlecht bestellt, vor allem an den Grenzen der Europäischen Union und vor allem deswegen, weil mächtige Länder wie unser Deutschland möglichst wenige von den Flüchtlingen dieser Welt abbekommen wollen und deswegen die Grenzen so dicht wie möglich gemacht werden und weil dazu Sachen gemacht werden wie der EU-Türkei-Deal. Die Toten im Mittelmeer, die verheerenden Zustände für geflüchtete Menschen auf den griechischen Inseln, in Bosnien, in Libyen und anderswo würde es nicht geben, wenn Deutschland und die EU eine bessere Flüchtlingspolitik betreiben würden.

Mit unserem Antrag ging es uns letztlich nicht bloß darum, dass eine Handvoll Flüchtlinge aufgenommen werden, sondern dass irgendwann eine Flüchtlingspolitik betrieben wird, die sich an unseren so hochgelobten Werten und Normen orientiert.

Jetzt liegt ein interfraktioneller Antrag auf dem Tisch. Ich möchte all denjenigen danken, die sich am Zustandekommen dieses Antrags aktiv beteiligt haben, vor allem den Kolleginnen von den Grünen. Ich möchte aber auch klar sagen, dass von dem, was **wir** und auch das Bündnis aus 20 Tübinger Organisationen wollten, in diesem Kompromissantrag nicht viel übrig geblieben ist.

Wir wollten mehr als eine symbolische Erklärung. Wir wollten einen Beschluss, bei dem der Landkreis nicht bloß unverbindlich andere Akteure wie etwa die Stadt Rottenburg unterstützt, sondern selbst zu einem verbindlichen Akteur wird.

Wir wollten, dass sich der Landkreis zur direkten Aufnahme von geflüchteten Menschen bereit erklärt und zwar über die Zuteilungsquote von normalen Asylsuchenden hinaus.

Wir wollten darüber hinaus, dass der Landkreis sich aktiv für Aufnahmeprogramme einsetzt. Zum Beispiel für ein Landesaufnahmeprogramm in ähnlicher Weise wie das die baden-württembergische Landesregierung auf dem Höhepunkt der sogenannten Flüchtlingskrise mit dem Programm für die jesidischen Frauen gemacht hat. So etwas wäre z.B. bezüglich der katastrophalen Situation von Geflüchteten in den griechischen Hotspots aktuell das richtige politische Zeichen, solange Herr Seehofer und Co. in Berlin Aufnahmeprogramme blockieren.

Bezüglich unseres ursprünglichen Antrags waren wir ernüchert bis enttäuscht von der Stellungnahme der Kreisverwaltung, in der Sie ausschließlich dargelegt haben, was Sie nicht wollen und was aus Ihrer Sicht nicht geht. Kurz zusammengefasst: Wir haben keinen Platz, wir haben kein Hoheitsgebiet, wir sind nicht zuständig. Noch kürzer zusammengefasst: Wir haben keinen Bock.

Für uns ist der interfraktionelle Antrag ein klassischer Kompromiss, den wir trotzdem voll mittragen. Und ich hoffe, dass dieser Antrag für die Mehrheit der Kreistagsmitglieder oder am besten für alle zustimmungsfähig ist und dass die symbolische Erklärung zum sicheren Hafen nur der Anfang eines weiteren Prozesses wird. Der aktuelle Slogan der Seebrücke drückt aus, was gerade in diesen schwierigen Corona-Zeiten gelten sollte: Leave no one behind!